



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 11. März 2003 (17.03)
(OR. fr, en)

CONV 601/03

VERMERK

Betr.: Kurzbericht über die Plenartagung ¹
am 27./28. Februar 2003 in Brüssel

I. Debatte über die Änderungsvorschläge zu den Artikeln 1 bis 4 des Verfassungsentwurfs

Artikel 1

1. Der Vorsitzende, Herr Giscard d'Estaing, stellte die eingegangenen Änderungsvorschläge vor und teilte mit, dass, wie nicht anders zu erwarten, zu Artikel 1 wie auch zu Artikel 2 überaus zahlreiche Änderungsvorschläge vorgelegt worden seien. Artikel 1 enthalte schließlich die Definition der Union und sei damit die Verankerung der Gesamtkonstruktion. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Vertrag eine Verfassung schaffe. Inhaltlich gesehen, sei der Text, über den debattiert werde, eine Verfassung, von der juristischen Form her sei er aber ein Vertrag, denn im Gegensatz zu einer nationalen Verfassung rührten die Zuständigkeiten, die der Union übertragen würden, von den vertragschließenden Parteien her. Das Präsidium sei bereit, diesen Punkt durch eine angemessenere Formulierung zu klären, falls dies vom Konvent gewünscht werde. Da Artikel 1 jedoch bereits Bestandteil der Verfassung sei, sei es nicht erforderlich, darin erneut die Hohen Vertragsparteien zu erwähnen, die in der Präamel aufgeführt seien.
2. In Bezug auf diese Definition des Wesens der Union legt der Vorsitzende dar, dass die Definition nach Ansicht einer großen Zahl von Konventsmitgliedern zu zurückhaltend sei, während andere, vielleicht sogar noch zahlreichere Mitglieder, sich gegen den Ausdruck "föderal" wenden würden.

¹ Das Protokoll über die Plenartagung ist auf der Website unter folgender Adresse zu finden:
<http://european-convention.eu.int>

3. Der Vorsitzende stellte ferner fest, dass mehrere Konventsmitglieder sich zu der im Zusammenhang mit der Verfassung zu wählenden Bezeichnung geäußert hätten. Dieser ersten Umfrage zufolge werde der Bezeichnung "Europäische Union" der Vorzug gegeben. Der Vorsitzende schlug jedoch vor, diese Frage wieder aufzugreifen, wenn der Entwurf des Verfassungsvertrags als Ganzes bekannt sei.
4. Zahlreiche Konventsmitglieder nahmen an der Debatte teil (vgl. beigelegte Liste):
 - Einige Konventsmitglieder wünschten, dass in Artikel 1 stärker hervorgehoben werde, dass die Entscheidung, eine Union zu gründen, sich aus dem Willen der Staaten und der europäischen Völker herleite. Sie schlugen vor, die Begriffe "Hohe Vertragsparteien" und "Vertrag" in Artikel 1 aufzunehmen. Im Gegensatz dazu zeigte sich eine große Zahl von Konventsmitgliedern mit der Verwendung des Begriffs "Verfassung" zufrieden.
 - Eine große Zahl von Konventsmitgliedern lehnte den Verweis auf "in föderaler Weise" ab. Ihrer Ansicht nach geht dieser Verweis über die derzeitige Realität hinaus oder könnte je nach Land unterschiedlich ausgelegt werden. Andere ebenso zahlreiche Mitglieder unterstützten hingegen die vorgeschlagene Fassung, die ihrer Meinung nach angemessen ist und die Realität der Europäischen Union widerspiegelt. Einige Konventsmitglieder schlugen alternative Definitionen vor, wie "Föderation von Nationalstaaten", die ihnen besser geeignet schienen, die europäische Realität wiederzugeben und mehr Aussichten auf einen breiten Konsens hätten. Andere Konventsmitglieder schlugen vor, den Ausdruck "in föderaler Weise" durch "supranational" oder "gemeinschaftlich" zu ersetzen.
 - Mehrere Konventsmitglieder bedauerten, dass die Formulierung "eine immer engere Union" nicht mehr in dem Entwurf des Präsidiums enthalten sei. Sie erinnerten daran, dass diese Formulierung im Gründungstext der Europäischen Gemeinschaft (Vertrag von Rom) vorkomme und seitdem stets beibehalten worden sei. Der Vorsitzende fragte sich, ob ihre Beibehaltung erforderlich sei oder ob sich ihre Wirkung mit der Ausarbeitung der vorliegenden Verfassung nicht erschöpft habe.
 - Sehr viele Konventsmitglieder legten Wert darauf, an der Bezeichnung "Europäische Union" festzuhalten, die der Öffentlichkeit geläufig sei. Sie wünschten ihre Beibehaltung und Verwendung in der endgültigen Fassung.

- Mehrere Konventsmitglieder beantragten, dass die Symbole der Union (z.B. Hymne, Fahne, Motto, Währung, Feiertag) Gegenstand eines zusätzlichen Artikels oder Absatzes werden. Der Vorsitzende teilte sein Interesse an einer solchen Bestimmung mit, unterstrich jedoch, dass der Konvent sich zunächst mit dem genauen Inhalt einiger der Symbole, die vorgeschlagen worden seien (insbesondere Hymne), befassen müsse.
- Zahlreiche Konventsmitglieder traten dafür ein, dass der in Artikel 1 Absatz 2 verwendete Begriff der nationalen Identität durch das Hinzufügen ergänzender Begriffe weiterentwickelt wird (Strukturen, Art und Grundlage der Regierungsformen der Mitgliedstaaten).
- Einige Konventsmitglieder schlugen vor, den Begriff "Völker" durch "Bürger" zu ersetzen oder letzteren Begriff in den derzeitigen Artikel 1 Absatz 1 aufzunehmen. Der Vorsitzende wies auf den Bedeutungsunterschied dieser beiden Begriffe hin.
- Einige Konventsmitglieder schlugen vor, die Möglichkeit eines Ausscheidens eines Mitgliedstaates aus der Union unter besonderen Umständen nach einem Sonderverfahren bereits in den Artikel 1 aufzunehmen. Der Vorsitzende war grundsätzlich mit einem solchen Artikel einverstanden, vertrat jedoch die Ansicht, dass dieser Artikel besser in die Schlussbestimmungen der Verfassung gehöre.

Artikel 2

5. Der Vorsitzende stellte fest, dass der vorgeschlagene Artikel 2 ebenfalls sehr viele Reaktionen hervorgerufen habe. Zu diesem Artikel gebe es zwei große Fragenkomplexe:
- Der erste beziehe sich auf die Definition und den Inhalt der genannten Werte. Der Vorsitzende machte den Konvent auf einen Punkt aufmerksam, der ihm besonders wichtig erschien. Artikel 2 müsse nämlich in enger Verbindung mit Artikel 45 der Verfassung gelesen werden, der das Verfahren für die Aussetzung der mit der Zugehörigkeit zur Union verbundenen Rechte im Falle der Feststellung einer Verletzung der Grundsätze und Werte der Union seitens eines Mitgliedstaates festlege. Eine vergleichbare Beziehung bestehe im gegenwärtigen Vertrag zwischen den Artikeln 6 und 7 EUV. Wenn in Artikel 2 Werte, wie "Gleichheit" oder "Solidarität" aufgenommen würden, die juristisch nicht stichhaltig definiert seien, könnte das zur Einleitung eines ungerechtfertigten Verfahrens gegen einen Mitgliedstaat führen.
 - Der zweite Fragenkomplex betreffe die eventuelle Einfügung einer Bezugnahme auf Glaubensaspekte. Der Vorsitzende stellte fest, dass es hierzu eine bedeutende Zahl von Änderungsvorschlägen gebe. Wenn die vorgeschlagenen Formulierungen auch auseinanderliefen, so sei ihr allgemeiner Sinn doch klar. Das Präsidium habe ebenfalls eine solche Diskussion geführt, ehe es zu der Auffassung gelangt sei, dass für den Fall, dass eine Bezugnahme aufgenommen werden solle, die den Beitrag der Religion zur europäischen Zivilisation anerkenne, sie besser in der Präambel als im verfügenden Teil der Verfassung untergebracht sei. Das Präsidium sei bereit, den Inhalt der Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam über die Anerkennung des Status der Kirchen, religiösen Vereinigungen und weltanschaulichen Gemeinschaften in das Verfassungsgebilde aufzunehmen und einen Verweis über den Beitrag der genannten Kirchen und Vereinigungen in den Titel der Verfassung über das demokratische Leben der Union in Betracht zu ziehen.

- Hinsichtlich des ersten vom Vorsitzenden angesprochenen Punktes bestanden zahlreiche Konventsmitglieder darauf, dass die Auflistung der Werte in Artikel 2 ergänzt wird, insbesondere durch Aufnahme der Begriffe "Gleichheit" oder "Gleichheit von Männern und Frauen". Andere erklärten sich mit der derzeitigen Fassung zufrieden. Einige Konventsmitglieder waren der Auffassung, dass mit der Formulierung des zweiten Satzes ("Die Union strebt eine friedliche Gesellschaft an, in der Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität herrschen.") Ziele zum Ausdruck gebracht würden und dieser Satz deshalb nicht in diesem Artikel enthalten sein dürfte. Er hätte einen besseren Platz in der Präambel.
- Die Debatte über die eventuelle Einfügung einer Bezugnahme auf die religiösen Werte verlief lebhaft. Zahlreiche Konventsmitglieder traten für eine entsprechende Aufnahme in Artikel 2 ein. Sie hielten sie für erforderlich, um die Grundlagen der dort genannten gemeinsamen Werte in Erinnerung zu rufen. Nach Ansicht dieser Konventsmitglieder muss es möglich sein, eine Formulierung zu finden, die niemanden diskriminiert. Unterschiedliche Formulierungsvorschläge wurden vorgetragen. Andere, nicht weniger zahlreiche Mitglieder, stellten sich entschlossen gegen einen solchen Vorschlag, egal wie er formuliert werde. Obwohl sie betonten, dass die Anerkennung der Religionsfreiheit in der Verfassung wichtig sei, waren sie der Auffassung, dass die Erwähnung der religiösen Werte fehl am Platze sei. Sie gaben zu bedenken, dass die Grundrechtecharta bereits Bestimmungen enthalte, die die Religionsfreiheit garantieren würden. Andere wiederum waren mit dem Vorschlag des Präsidiums, eine Bezugnahme auf den Beitrag der Religionen in die Präambel der Verfassung aufzunehmen, einverstanden. Sie gaben an, dass die Bezugnahme dort besser aufgehoben sei als in Artikel 2.

Artikel 3

6. Der Vorsitzende eröffnete die Debatte mit der Mitteilung, dass sich aus den zu diesem Artikel eingereichten Änderungsvorschlägen zwar eine große Zahl von Vorschlägen für die Aufnahme oder Präzisierung verschiedener Ziele ergebe, aber nur in sehr wenigen dieser Änderungsvorschläge der vom Vorsitz gewählte grundlegende Ansatz in Frage gestellt werde. Wenn der Text nicht unlesbar werden solle, sei es wahrscheinlich nicht möglich, alle vorgeschlagenen Ergänzungen aufzunehmen, aber die Debatte könne dazu dienen, die wichtigsten Themen zu definieren, die in diesem Text noch besser zum Ausdruck gebracht werden sollten.
7. Aus der Debatte haben sich folgende Hauptthemen ergeben:
 - Eine große Zahl von Konventsmitgliedern schlug vor, in Artikel 3 Absatz 2 auf die "soziale Marktwirtschaft" bzw. - anderen zufolge - auf das "europäische Sozialmodell" Bezug zu nehmen; es ist jedoch betont worden, dass im gegenwärtigen Entwurf vorbehaltlich einer solchen Hinzufügung ein grundlegendes politisches Gleichgewicht gewahrt wird.
 - Ohne im Widerspruch zum vorangehenden Vorschlag zu stehen, haben einige Teilnehmer vorgeschlagen, eine Bezugnahme auf eine "offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" und auf das Ziel eines "nichtinflationären Wachstums" aufzunehmen.
 - Eine große Zahl von Rednern beantragten eine umfassendere Formulierung des Ziels des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt gemäß dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung.
 - Zahlreiche Redner forderten die Hinzufügung des Ausdrucks "territorialer Zusammenhalt".
 - Eine kontroverse Diskussion entzündete sich um das Ziel der "Vollbeschäftigung", das zahlreiche Konventsmitglieder durch eine Bezugnahme auf ein "hohes Beschäftigungsniveau" ersetzt sehen möchten, während eine Reihe anderer Redner mit der gegenwärtigen vom Präsidium gewählten Formulierung zufrieden war und sie gemäßigt fanden.

- Einige Teilnehmer schlugen vor, die Bereiche von Diskriminierungen zu präzisieren, die die Union bekämpfen solle.
- Einige Teilnehmer hielten es für angezeigt, verschiedene Elemente des "europäischen Sozialmodells", wie Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, Förderung der Qualität der Arbeitsplätze und/oder Zugang zur Bildung, Ausbildung oder zu hochwertigen gemeinwohlorientierten Leistungen, ausdrücklich zu erwähnen.
- Eine Reihe von Rednern wandte sich gegen die Erwähnung der "Weltraumforschung", damit andere ebenso wichtige Forschungsbereiche nicht diskriminiert würden.
- Einige möchten endlich eine Bezugnahme auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen aufnehmen.
- Zu Artikel 3 Absatz 3 schlugen viele Redner vor, nicht nur von der Achtung der kulturellen Vielfalt, sondern auch der sprachlichen Vielfalt, ja sogar des Rechts der Minderheiten zu sprechen.
- In Bezug auf Absatz 4 forderten mehrere Konventsmitglieder eine Formulierung, die mehr "Weltoffenheit" zum Ausdruck bringe. Andere schlugen vor, eine Bezugnahme auf die Sicherheit und/oder die Unversehrtheit Europas aufzunehmen. Wiederholt wurde eine einfache Bezugnahme auf die "Achtung des Völkerrechts" und/oder eine Erwähnung der Vereinten Nationen und ihrer Charta vorgeschlagen. Darüber hinaus zogen mehrere Redner es vor, dass die Grundrechte im Allgemeinen und nicht nur die Rechte der Kinder erwähnt werden.
- Mehrere Redner wünschten, dass in die Verfassung Klauseln aufgenommen werden, die die Union verpflichten würden, den Erfordernissen des Umweltschutzes und der Förderung der Gleichheit von Männern und Frauen in allen ihr obliegenden Politikbereichen Rechnung zu tragen.
- Schließlich hoben einige die große Bedeutung des Grundsatzes hervor, dass die Union sich mit den Mitteln ausstatte, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich seien.

Artikel 4

8. Die Diskussion bestätigte, dass ein breiter Konsens für diese Bestimmung zur Schaffung einer Rechtspersönlichkeit der Union besteht.

II. Debatte über die Änderungsvorschläge zu den Artikeln 5 bis 7 des Verfassungsentwurfs

Artikel 5

9. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Dehaene erläuterte zur Einleitung der Debatte, dass das Präsidium darum bemüht gewesen sei, die beiden Facetten des entstandenen Konsenses, nämlich die Integration der Charta in die Verfassung und eine Klausel, die der Union einen Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention ermögliche, in ein und derselben Bestimmung zum Ausdruck zu bringen.
10. Die Diskussion bestätigte, dass über diese beiden Elemente ein breiter Konsens besteht. Darüber hinaus äußerten zahlreiche Redner ihre Präferenz entweder für die Aufnahme der Charta in den ersten Teil der Verfassung, was die Formulierung der Artikel 2 und 3 ihrer Ansicht nach erleichtert, oder für die Möglichkeit, dass die Charta den zweiten Teil der Verfassung bildet, der zwischen dem ersten Teil und dem Teil über die Politikbereiche der Union einzufügen wäre, was für einige jedoch nur als Kompromisslösung in Betracht käme. Einige Konventsmitglieder sprachen sich allerdings dafür aus, den Text der Charta als Protokoll aufzunehmen. Einige wiesen auch nachdrücklich auf die Wichtigkeit der von der Arbeitsgruppe II vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen an der Charta und der Ergänzung der vom Präsidium des vorangegangenen Konvents ausgearbeiteten "Erläuterungen" zur Charta hin.
11. In Bezug auf Absatz 2 beantragten eine Reihe von Rednern, dass er verstärkt wird, indem die Union verpflichtet werde, einen Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu beantragen; auf diese Weise solle das Risiko verringert werden, dass der Beitritt durch das Gebot der Einstimmigkeit blockiert werde. Einige Redner beantragten darüber hinaus, dass in diesem Absatz auch auf den etwaigen Beitritt zu anderen internationalen Menschenrechtsvereinbarungen Bezug genommen wird.

Artikel 6 und 7

12. Bei den Erläuterungen zu den Änderungsvorschlägen bezüglich dieses Artikelentwurfs wie auch im Zusammenhang mit Artikel 7 bezog sich der stellvertretende Vorsitzende Herr Dehaene auf die zentrale Frage, ob und in welchem Maße sich diese Bestimmungen mit denen der Charta überschneiden. Das Präsidium habe es gleichwohl für angebracht gehalten, diese Bestimmungen über die Nichtdiskriminierung und die Rechte der Bürger aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung in den ersten Teil aufzunehmen. Ferner habe das Präsidium mit seinem Entwurf des Artikels 6 eben die gegenwärtige Rechtslage bekräftigen wollen.
13. Die Frage der Überschneidung bildete den Kern der Debatte, wobei eine Reihe von Rednern die Auffassung vertraten, dass man den gegenwärtigen Artikel 6 streichen und Artikel 7 beträchtlich kürzen könnte, wenn die Charta in den ersten Teil oder in einen neuen zweiten Teil aufgenommen würde, da die Auflistung der Rechte der Bürger in Artikel 7 damit hinfällig würde. Andere sprachen sich für die Beibehaltung einer solchen Aufzählung aus. Wieder andere merkten an, dass in diesem Zusammenhang auf jeden Fall zusätzlich zu den Artikeln in der Charta die erforderlichen Rechtsgrundlagen vorgesehen werden müssten, die die Rechtsgrundlagen der Artikel 12, 13 und 18 bis 22 des EGV aufgreifen würden, was in dem Teil der Verfassung über die Politikbereiche erfolgen könnte.
14. Im Zusammenhang mit Artikel 6 beantragten einige Redner, das Diskriminierungsverbot auf andere Bereiche auszudehnen.

III. Erläuterungen zum Entwurf der Artikel 24 ff. über die Instrumente

15. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass das Präsidium bei der Ausarbeitung seines Entwurfs für Titel V das in der Erklärung von Laeken vorgegebene wichtige Ziel der Vereinfachung im Auge behalten habe. Es habe seinen Entwurf auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sowie auf die diesbezügliche Debatte im Rahmen der Plenartagung gestützt.

16. Artikel 24 spiegelte den breiten Konsens für eine Verringerung der Zahl der der Union für die Ausübung ihrer Zuständigkeiten zur Verfügung stehenden Instrumente wider. Die neuen Instrumente würden in allen Politikbereichen angewandt, allerdings mit spezifischen Verfahren, wo der Konvent dies für erforderlich halte. Zugleich schlage das Präsidium eine Vereinfachung der Benennungen der Instrumente vor. Die Artikel nähmen eine deutlichere Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter vor und führten mit dem Ausdruck "Gesetzgebungsverfahren" eine neue Bezeichnung für das Verfahren zur Annahme von Gesetzgebungsakten ein. Selbstverständlich gebe es einige Ausnahmen von dieser Regel; das Präsidium werde dem Konvent Vorschläge zum Anwendungsbereich dieses Verfahrens und für mögliche Ausnahmen vorlegen.
17. Wie von der Arbeitsgruppe empfohlen und entgegen gewissen Bedenken, die während der Debatte im Plenum vorgebracht worden seien, schlage das Präsidium die Schaffung eines neuen Rechtsakttypus vor - den "delegierten Rechtsakt". Ein wichtiger Aspekt der Vereinfachung bestehe darin sicherzustellen, dass der Gesetzgeber sich auf das Wesentliche konzentriere und die Einzelheiten und technischen Aspekte der Kommission überlasse, während er jedoch die Befugnis behalte, erforderlichenfalls Rechtsvorschriften zurückzunehmen. Beim Abfassen der Bestimmungen sei man auch um größere Klarheit bemüht gewesen; sie sähen vor, dass die Wahl des Rechtsinstruments sich an dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientieren solle. Diese Gruppe von Artikeln schließe mit den erforderlichen Bezugnahmen auf Veröffentlichung und Inkrafttreten ab.
18. Der Vorsitzende bat die Mitglieder des Konvents um Übermittlung ihrer Kommentare und Änderungsvorschläge zu dieser Gruppe von Artikelentwürfen. Alle Eingaben bis zum 8. März würden in die Analyse der Änderungsvorschläge einfließen; diese werde rechtzeitig vor der Debatte über diese Artikel auf der Plenartagung am 17. und 18. März verteilt.

IV. Debatte über die Änderungsvorschläge zu den Artikeln 8 bis 16 des Verfassungsentwurfs

19. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Amato stellte bei der Einleitung zur Debatte fest, dass die Artikel 8 und 9 im Allgemeinen gut aufgenommen worden seien, obwohl in mehreren Änderungsvorschlägen gefordert worden sei, doch ausdrücklich zu erwähnen, dass die Befugnisse der Union sich direkt aus den Zuständigkeiten ergäben, die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen würden. Einige forderten die Streichung der Bezugnahme auf den Vorrang des EU-Rechts; einige traten ferner für die Zusammenlegung der Artikel 8 und 9 ein.

20. Die Artikel 10 bis 15 betrafen die Abgrenzung der Zuständigkeiten. In keinem der Änderungsvorschläge sei der vom Präsidium gewählte Ansatz in Frage gestellt worden. In einigen werde die Notwendigkeit von Listen in allen drei Zuständigkeitsarten in Frage gestellt oder die Aufnahme zusätzlicher Bereiche in einer oder mehreren der Arten vorgeschlagen. Insbesondere der Vorschlag zur Aufnahme der vier Freiheiten unter die ausschließliche Zuständigkeit werde von einer beträchtlichen Zahl in Frage gestellt. Einige sähen keine Notwendigkeit für gesonderte Absätze über Forschung und über Entwicklungszusammenarbeit und wollten, dass diese Bereiche entweder unter die geteilte Zuständigkeit fielen oder in die Liste der unterstützenden Maßnahmen aufgenommen würden. Andere hätten beantragt, den gesonderten Artikel über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und/oder den folgenden Artikel über die GASP zu streichen, während wieder andere eine Umformulierung dieser Artikel vorgeschlagen hätten. Was Artikel 16 angehe, so schienen die meisten Konventsmitglieder seine Aufnahme zu unterstützen, obwohl einige eine Änderung des vorgeschlagenen Verfahrens anstrebten.

Artikel 8 und 9: Prinzipien und Anwendung der Prinzipien

21. Zu Beginn der Debatte traten einige Konventsmitglieder dafür ein, dass die Artikel über die Zuständigkeiten deutlich machen müssten, dass die Union ihre Zuständigkeiten nicht von der Verfassung, sondern von den Mitgliedstaaten "in" der Verfassung erhalte. Mehrere führten die Möglichkeit an, das Subsidiaritätsprinzip deutlicher herauszustellen, insbesondere in seiner "positiveren" Dimension, oder aber dieses Prinzip auch bei der Ausübung der ausschließlichen Zuständigkeiten anwendbar zu machen.
22. Einige Vorschläge zur Struktur der Artikel zielten insbesondere auf die Vermeidung von Wiederholungen des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit und der nationalen Identität ab. Eine Fusion der Artikel 8 und 9 wurde von mehreren vorgeschlagen. Anderen Vorschlägen zufolge sollten die Grundsätze der loyalen Zusammenarbeit und des Vorrangs sowie die Achtung der nationalen Identität in einem breiteren Rahmen als dem der Zuständigkeiten, beispielsweise in Titel I der Verfassung behandelt werden. In Bezug auf den Grundsatz des Vorrangs wies ein Konventsmitglied darauf hin, dass es riskant sei, einen vom Gerichtshof entwickelten Grundsatz ohne Nuancen zu formalisieren und festzulegen.

Artikel 10: Arten von Zuständigkeiten

23. Im Großen und Ganzen sind der Ansatz und die Definition der Zuständigkeitsarten positiv aufgenommen worden. Einige Mitglieder zweifelten die Notwendigkeit der Absätze 3 und 4 (Koordinierung der Wirtschaftspolitik und GASP) an, da es sich nicht um eine Zuständigkeitsart im eigentlichen Sinne handle.

Artikel 11: Ausschließliche Zuständigkeiten

24. Einige Konventsmitglieder schlugen eine Umbenennung der "ausschließlichen Zuständigkeiten" in "eigene Zuständigkeiten" oder "Zuständigkeiten der Union" vor. Andere gaben dem Ausdruck "ausschließliche" den Vorzug. Einige der Konventsmitglieder, die für den Ausdruck "eigene Zuständigkeiten" eintraten, schlugen vor, weitere Bereiche in diese Kategorie aufzunehmen, insbesondere den Binnenmarkt, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Finanzierung der Union. Manche nannten auch die GASP und den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Andere hingegen hatten Bedenken, bestimmte Bereiche der ausschließlichen Zuständigkeit zuzuordnen, insbesondere die vier Freiheiten oder auch gewisse als heikel geltende Aspekte der Handelspolitik.

Artikel 12: Geteilte Zuständigkeiten

25. Einige Konventsmitglieder ziehen es vor, dass bei der Kategorie der geteilten Zuständigkeiten, die eine Restkategorie darstellt, keine Aufzählung der entsprechenden wichtigsten Bereiche erfolgt. Im Gegensatz dazu schlugen andere vor, den Artikel um bestimmte Bereiche zu ergänzen, wie die Bekämpfung der Diskriminierung, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einwanderungspolitik, gemeinwohlorientierte Dienstleistungen, die steuerliche Dimension des Binnenmarktes, den Katastrophenschutz usw. Vereinzelt wurde auch die öffentliche Gesundheit als unterstützungswürdiger Bereich genannt.

Artikel 13: Koordinierung der Wirtschaftspolitik

26. Zahlreiche Mitglieder des Konvents schlugen vor, die Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik als eine Einheit zu behandeln. Einige wiesen darauf hin, dass nicht die Union als solche die Wirtschaftspolitik koordiniert, sondern die Mitgliedstaaten bzw. allenfalls der Rat. Andere wiesen darauf hin, dass man in diesem Bereich nicht hinter den gegenwärtigen Stand zurückfallen dürfe, schließlich sei im derzeitigen Vertrag von "der Wirtschaftspolitik" und nicht nur von der Koordinierung die Rede.

Artikel 14: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

27. Mehrere Mitglieder schlugen vor, die gemeinsame Verteidigungspolitik in diesem Artikel zu erwähnen.

Artikel 15: Unterstützende Maßnahmen

28. Mehrere Mitglieder schlugen vor, unter der Kategorie der Bereiche, in denen die Union unterstützend tätig wird, nicht alle betroffenen Bereiche erschöpfend aufzuführen, um der Regelung mehr Flexibilität zu geben. Einige Mitglieder hielten es für denkbar, in dieser Kategorie nicht von vornherein jede, auch die geringfügigste Harmonisierung auszuschließen; andere schlugen vor, deutlich zu machen, dass in bestimmten Bereichen der geteilten Zuständigkeit auch Unterstützungsmaßnahmen möglich sind. Schließlich würden einige Mitglieder die Bezeichnung "ergänzende Zuständigkeiten" der Bezeichnung "Bereiche, in denen die Union unterstützend tätig wird" vorziehen.

Artikel 16: "Flexibilitätsklausel"

29. Mehrere Mitglieder haben zu dem Verfahren für die Annahme der Vorschriften aufgrund dieser Klausel, insbesondere was die Rolle des Europäischen Parlaments und die Abstimmung im Rat (qualifizierte Mehrheit) anbelangt, Alternativvorschläge gemacht. Einige schlugen vor, diese Klausel so zu fassen, dass die Flexibilität in zwei Richtungen möglich ist, d.h. dass eine Zuständigkeit der Union auch reduziert werden kann. Andere schlugen vor, die Anwendung von Rechtsakten, die nach diesem Verfahren angenommen wurden, zeitlich zu begrenzen ("sunset clause"). Einige schließlich schlugen vor, die Bezeichnung "Flexibilitätsklausel" zu ändern.

Artikel über das "mainstreaming"

30. Mehrere Mitglieder haben den Wunsch geäußert, dass an hervorgehobener Stelle im ersten Teil der Verfassung bestimmte horizontale Zuständigkeitsklauseln vorgesehen werden, die alle Politikbereiche betreffen (*mainstreaming*); dies würde insbesondere den Umweltbereich und die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen.

V. Nächste Tagung des Konvents

31. Der Vorsitzende hat mitgeteilt, dass die nächste Tagung des Konvents am Montag, den 17. März (nachmittags) und am Dienstag, den 18. März (vormittags) stattfinden wird. Auf ihr soll Titel V (Artikel 24 ff.) erörtert werden. Er wies dabei auch auf einen Vermerk des Präsidiums mit dem vorgeschlagenen vorläufigen Arbeitsprogramm (CONV 586/03) hin.
-

EUROPÄISCHER KONVENT

Plenartagung am Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. Februar 2003

REDNERLISTE

Donnerstag, 27. Februar

I. Aussprache über den Entwurf der Artikel 1 bis 7

- a) Wesen der Union, Zuweisung der Zuständigkeiten durch die Mitgliedstaaten und Achtung der nationalen Identitäten**
- b) Definition der Werte und der Ziele der Union und deren Ausdruck**
- c) Verbindung mit der Charta und deren Integration**
- d) Tragweite der Nichtdiskriminierungsklausel**
- e) Definition der Unionsbürgerschaft und der sich daraus ergebenden Rechte**

Herr Jens-Peter BONDE, Europäisches Parlament

Herr Josef ZIELENIEC - Tschechische Republik (Parlament)

Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)

Herr Gianfranco FINI - Italien (Regierung)

Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)

Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament) **(Dolmetscher)**

Herr Antonio VITORINO - Kommission

Frau Sandra KALNIETE - Lettland (Regierung)

Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)

Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament

Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)

(Blaue Karten : Spini, MacCormick, Dybkjaer, Wuermeling)

Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)

Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)

Herr Dominique de VILLEPIN - Frankreich (Regierung)

Frau Linda McAVAN - Europäisches Parlament

Herr Goran LENNMARKER - Schweden (Parlament)

Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)

Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)

Herr Elio DI RUPO - Belgien (Parlament)
Frau Lenka ROVNA - Tschechische Republik (Regierung)
Herr Olivier DUHAMEL - Europäisches Parlament
(Blaue Karten : Kiljunen, Roche, Maclellann, Borrell- Borrell)
Frau Pervenche BERÈS, Europäisches Parlament
Herr Oguz DEMIRALP - Türkei (Regierung)
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
Herr Manuel Lobo ANTUNES - Portugal (Regierung)
Herr Marco FOLLINI - Italien (Parlament)
Herr Pat CAREY - Irland (Parlament)
Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)
Baroness of SCOTLAND - Vereinigtes Königreich (Regierung)
Herr Alexandru ATHANASIOU - Rumänien (Parlament)
Herr Péter BALÁZS - Ungarn (Regierung)
Herr René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)
Herr Louis MICHEL - Belgien (Regierung)
(Blaue Karten : Abitbol, Duff, Barnier, Van Lancker, Heathcoat-Amory)
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
Herr Timothy KIRKHOPE - Europäisches Parlament
Herr Matti VANHANEN - Finnland (Parlament)
Frau Ana PALACIO - Spanien (Regierung)
Herr Andrew Nicholas DUFF, Europäisches Parlament
Frau Lena HJELM-WALLEN - Schweden (Regierung)
Herr Michel BARNIER - Kommission
Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament
Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament
Herr Peter SKAARUP - Dänemark (Parlament)
Frau Neli KUTSKOVA - Bulgarien (Regierung)
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
József SZÁJER - Ungarn (Parlament)
Herr Dimitrij RUPEL - Slowenien (Regierung)
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament

Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)
Herr Jan FIGEL - Slowakische Republik (Parlament)
Herr Dick ROCHE, Irland (Regierung)
Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)
(Blaue Karten : Baroness of Scotland, Tiilikainen, Van Lancker, Nagy, Kiljunen)
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament
Frau Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)
Herr Jelko KACIN - Slowenien (Parlament)
Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament
Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)
Herr Mihael BREJC - Slowenien (Parlament)
Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)
Frau Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)
Herr Alexander ARABADJIEV - Bulgarien (Parlament)
Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Europäisches Parlament
Herr Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)
Herr Michael ATTALIDIS - Zypern (Regierung)
Herr Danny PIETERS- Belgien (Parlament)
Frau Helle THORNING-SCHMIDT - Europäisches Parlament
Herr Jacob SÖDERMAN - Bürgerbeauftragter
Herr Manfred DAMMEYER - Ausschuss der Regionen

EUROPÄISCHER KONVENT

Plenartagung am Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. Februar 2003

REDNERLISTE

Freitag, den 28. Februar 2003

II. Aussprache über den Entwurf der Artikel 8 bis 16

- a) Das Konzept der Einteilung der Zuständigkeiten in Kategorien; die drei Listen (zwei erschöpfende und eine indikative)**
- b) Der Inhalt der Listen und die Sonderfälle Wirtschaftspolitik, GASP, Forschung und Entwicklung und Entwicklungshilfe**
- c) Die Grundsätze für die Umsetzung der Zuständigkeiten einschließlich der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit**

Herr David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)

Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)

Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament

Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)

Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)

Herr Michel BARNIER - Kommission

Herr Klaus HÄNSCH - Europäisches Parlament

Frau Lena HJELM-WALLEN - Schweden (Regierung)

Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)

Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament

Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament

Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)

Herr Manuel Lobo ANTUNES - Portugal (Regierung)

Herr Kimmo KILJUNEN - Finnland (Parlament)

Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)

(Blaue Karten : Speroni, Van Eekelen, Lopez Garrido, MacCormick)

Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)

Herr Carlos CARNERO - Europäisches Parlament

Herr Luis MARINHO - Europäisches Parlament

Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)

Herr William ABITBOL - Europäisches Parlament

Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)

Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)

Herr Algirdas GRICIUS - Litauen (Parlament) (Dolmetscher)

Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)

Herr Nicolas SCHMIT - Luxemburg (Regierung)

Herr Joachim WUERMELING - Europäisches Parlament

Herr Neil Nicholas MacCORMICK, Europäisches Parlament
(Blaue Karten : Baroness of Scotland, Paciotti, Duff, Van Lancker, Severin)

Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament

Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)

Baroness of SCOTLAND - Vereinigtes Königreich (Regierung)

Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)

Frau Genowefa GRABOWSKA - Polen (Parlament)

Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)

Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament

Herr Goran LENNMARKER - Schweden (Parlament)
(Blaue Karten : Fayot, Wuermeling, Queiró, Barnier, Severin, MacCormick, Berès, Farnleitner)

Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)

Frau Marta FOGLER - Polen (Parlament)

Herr Reinhard BÖSCH - Österreich (Parlament)

Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)

Herr Esko SEPPÄNEN - Europäisches Parlament
(Blaue Karten : Lord Tomlinson, Lennmarker, Kauppi, Méndez de Vigo, Baroness of Scotland, Abitbol, Duff, Barnier)

Herr Emilio GABAGLIO, Sozialpartner

Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament

Baroness of SCOTLAND - Vereinigtes Königreich (Regierung)

Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament

Herr Michel BARNIER - Kommission

Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament

Herr Neil Nicholas MacCORMICK, (Europäisches Parlament)

Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)

Baroness of SCOTLAND - Vereinigtes Königreich (Regierung)

Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament

Herr Goran LENNMARKER - Schweden (Parlament)

Herr Emilio GABAGLIO - Sozialpartner
